

No. 32352

**AUSTRIA
and
YUGOSLAVIA**

Treaty on reciprocal execution of judicial decisions in criminal matters. Signed at Belgrade on 1 February 1982

Authentic texts: German and Serbo-Croatian.

Registered by Austria on 27 November 1995.

**AUTRICHE
et
YOUUGOSLAVIE**

Traité relatif à l'exécution mutuelle des sentences judiciaires en matière pénale. Signé à Belgrade le 1^{er} février 1982

Textes authentiques : allemand et serbo-croate.

Enregistré par l'Autriche le 27 novembre 1995.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER SOZIALISTISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK JUGOSLA- WIEN ÜBER DIE WECHSELSEITIGE VOLLZIEHUNG GE- RICHTLICHER ENTSCHEIDUNGEN IN STRAFSACHEN

Der Bundespräsident der Republik Österreich
und

das Präsidium der Sozialistischen Föderativen
Republik Jugoslawien,

von dem Wunsche geleitet, die rechtlichen Be-
ziehungen zwischen den beiden Staaten zu vertiefen
und den rechtlichen Verkehr zwischen ihnen zu
erleichtern, sind übereingekommen, einen Vertrag
über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher
Entscheidungen in Strafsachen abzuschließen, und
haben zu diesem Zweck folgendes vereinbart:

TEIL I

Allgemeine Bestimmungen

**Pflicht zur Überwachung und Voll-
streckung**

Artikel 1

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, auf
Ersuchen nach den nachstehenden Vorschriften
und Bedingungen wechselseitig:

1. Personen, über die von dem Gericht eines
Vertragsstaates eine bedingte strafrechtliche
Sanktion rechtskräftig verhängt worden ist,
innerhalb einer Probezeit zu überwachen;
2. eine Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maß-
nahme, die von dem Gericht eines Vertrags-
staates rechtskräftig verhängt worden ist, zu
vollstrecken.

(2) Die Überwachung oder die Vollstreckung in
einem Vertragsstaat erfolgt nur, wenn die verur-
teilte Person Staatsangehöriger dieses Vertragsstaa-
tes ist und in diesem ihren Wohnsitz oder Aufent-
halt hat.

**Gerichtliche Entscheidungen, die
einer Überwachung oder Vollstrek-
kung unterliegen**

Artikel 2

Die Überwachung oder die Vollstreckung erfolgt
nur, wenn die der Entscheidung zugrundeliegende
Handlung nach dem Recht beider Vertragsstaaten
mit gerichtlicher Strafe bedroht ist.

Politische strafbare Handlungen

Artikel 3

(1) Die Überwachung oder die Vollstreckung
erfolgt nicht, wenn die der gerichtlichen Entschei-
dung zugrundeliegende Handlung nach Ansicht
des ersuchten Staates eine strafbare Handlung poli-
tischen Charakters darstellt.

(2) Eine strafbare Handlung, bei welcher unter
Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles,
insbesondere der Art der Begehung, der angewen-
deten oder angedrohten Mittel oder der Schwere
der eingetretenen oder beabsichtigten Folgen, der
kriminelle Charakter der Tat den politischen über-
wiegt, wird nicht als strafbare Handlung politischen
Charakters betrachtet.

Militärische strafbare Handlungen

Artikel 4

Die Überwachung oder die Vollstreckung erfolgt
nicht, wenn die der gerichtlichen Entscheidung
zugrundeliegende Handlung nach Ansicht des
ersuchten Staates ausschließlich eine Verletzung
militärischer Pflichten besteht.

Fiskalische strafbare Handlungen

Artikel 5

Die Überwachung oder die Vollstreckung erfolgt
nicht, wenn die der gerichtlichen Entscheidung
zugrundeliegende Handlung nach Ansicht des
ersuchten Staates ausschließlich eine Verletzung
von Abgaben-, Monopol-, Zoll- oder Devisenvor-
schriften oder von Vorschriften über die Warenbe-
wirtschaftung oder über den Außenhandel darstellt.

Verjährung

Artikel 6

Die Überwachung oder die Vollstreckung erfolgt
nicht, wenn die Vollstreckung der Strafe oder vor-
beugenden Maßnahme nach dem Recht eines der
beiden Vertragsstaaten verjährt ist.

Ausnahmegerichte

Artikel 7

Die Überwachung oder die Vollstreckung erfolgt nicht, wenn die Entscheidung von einem Ausnahmegericht getroffen worden ist.

Abwesenheitsurteile

Artikel 8

Die Überwachung oder die Vollstreckung erfolgt nicht, wenn die Entscheidung in Abwesenheit der verurteilten Person ergangen ist.

Grundsatz ne bis in idem

Artikel 9

(1) Die Überwachung oder die Vollstreckung erfolgt nicht, wenn die verurteilte Person im ersuchten Staat wegen derselben Handlung bereits rechtskräftig verurteilt oder aus einem anderen Grund als wegen Fehlens der Gerichtsbarkeit freigesprochen worden ist.

(2) Die Verurteilung in einem dritten Staat steht einer Überwachung oder einer Vollstreckung nur entgegen, wenn die über die verurteilte Person dort verhängte Strafe ganz vollstreckt oder zur Gänze oder für den noch nicht vollstreckten Teil nachgesehen worden ist.

(3) Ist in einem Vertragsstaat, der die Überwachung oder die Vollstreckung übernehmen soll, gegen die verurteilte Person wegen der dem Ersuchen zugrundeliegenden Handlung ein Strafverfahren anhängig und ist die Überwachung oder die Vollstreckung übernommen worden, so stellt dieser Vertragsstaat das Strafverfahren vorläufig ein. Er erlangt das Recht zur Verfolgung wieder, wenn sich die verurteilte Person der Überwachung oder der Vollstreckung entzieht. Der Staat, der die Überwachung oder die Vollstreckung übernommen hat, stellt das Strafverfahren endgültig ein, wenn die Strafe oder vorbeugende Maßnahme endgültig vollstreckt oder nachgesehen worden ist.

Ordre public

Artikel 10

Die Überwachung oder die Vollstreckung erfolgt nicht, wenn die Erledigung des Ersuchens die Sicherheit des ersuchten Staates beeinträchtigen oder gegen Grundsätze seiner Rechtsordnung verstoßen könnte.

TEIL II

Überwachung

Grundsätze der Überwachung

Artikel 11

Wird über eine Person, die in einem Vertragsstaat ihren Wohnsitz oder Aufenthalt hat, im anderen Vertragsstaat wegen einer strafbaren Handlung unter Setzung einer Probezeit eine bedingte strafrechtliche Sanktion verhängt (Urteilsstaat), so kann jeder der beiden Vertragsstaaten durch ein Ersuchen darauf hinwirken, daß die Überwachung in dem Staat erfolgt, in dem die verurteilte Person ihren Wohnsitz oder Aufenthalt hat (Überwachungsstaat).

Überwachungsmaßnahmen

Artikel 12

(1) Die Überwachung (Art. 1 Abs. 1 Z 1) besteht einerseits in der Anordnung der nach dem Recht des Überwachungsstaates vorgesehenen Maßnahmen, die auf eine Besserung und Wiederanpassung der verurteilten Person an das Leben in der Gemeinschaft abzielen, und andererseits in der Beaufsichtigung ihrer Führung, um sicherzustellen, daß erforderlichenfalls der bedingte Aufschub der strafrechtlichen Sanktion widerrufen werden kann.

(2) Bei der Anordnung der zur Überwachung erforderlichen Maßnahmen wird so weit wie möglich auf die im Urteilsstaat angeordneten Maßnahmen Bedacht genommen.

(3) Die im Überwachungsstaat angeordneten Überwachungsmaßnahmen dürfen ihrer Art und Dauer nach in keinem Fall strenger sein als die im Urteilsstaat ausgesprochenen.

(4) Zu einem Widerruf der bedingten strafrechtlichen Sanktion ist ausschließlich der Urteilsstaat zuständig.

(5) Die Überwachung richtet sich ausschließlich nach dem Recht des Überwachungsstaates.

Bewilligung der Überwachung

Artikel 13

(1) Auf Grund eines Ersuchens, dem die in Art. 28 bezeichneten Unterlagen beizufügen sind, verständigt der ersuchte Staat den ersuchenden Staat, inwieweit dem Ersuchen stattgegeben worden ist. Eine gänzliche oder teilweise Ablehnung ist zu begründen.

(2) Der Überwachungsstaat teilt dem Urteilsstaat die der verurteilten Person auferlegten Bedingungen und die angeordneten Maßnahmen mit, denen diese während der Probezeit unterworfen ist.

(3) Der Überwachungsstaat verständigt den Urteilsstaat so bald wie möglich von allen Umständen, die einen Widerruf einer bedingten strafrechtlichen Sanktion bewirken könnten; er verständigt den Urteilsstaat jedenfalls mit Ablauf der Probezeit von allen die Überwachung betreffenden Umständen.

Mitteilungen

Artikel 14

(1) Der Urteilsstaat verständigt den Überwachungsstaat unverzüglich von allen Umständen, die auf die Überwachung Einfluß haben könnten. Er verständigt ihn insbesondere von Gnadenmaßnahmen, Amnestien oder einem Widerruf der bedingten strafrechtlichen Sanktion.

(2) Widerruft der Urteilsstaat die bedingte strafrechtliche Sanktion, so steht es ihm frei, den Überwachungsstaat auf Grund dieses Vertrages um die Vollstreckung der Strafe oder vorbeugenden Maßnahme zu ersuchen.

Wirkungen der Überwachung

Artikel 15

Ist die Überwachung übernommen worden, so haben im Urteilsstaat vorläufig weitere Vollstreckungsmaßnahmen zu unterbleiben. Das Recht des Urteilsstaates auf Vollstreckung erlischt endgültig, wenn in der Probezeit kein Umstand eingetreten ist, der nach dem Recht des Urteilsstaates den Widerruf der bedingten strafrechtlichen Sanktion bewirkt.

TEIL III

Vollstreckung

Grundsätze der Vollstreckung

Artikel 16

(1) Wird eine Person, die in einem Vertragsstaat ihren Wohnsitz oder Aufenthalt hat, im anderen Vertragsstaat wegen einer strafbaren Handlung rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt (Urteilsstaat) oder wird wegen dieser strafbaren Handlung eine vorbeugende Maßnahme angeordnet, so kann jeder der beiden Vertragsstaaten durch ein Ersuchen darauf hinwirken, daß die Vollstreckung der Strafe oder vorbeugenden Maßnahme in dem Staat erfolgt, in dem die verurteilte Person ihren Wohnsitz oder Aufenthalt hat (Vollstreckungsstaat).

(2) Keine Bestimmung dieses Vertrages schließt ein auf die Übertragung der Vollstreckung gerichteten Antragsrecht der verurteilten Person, ihres gesetzlichen Vertreters, ihres Ehegatten, eines Verwandten in gerader Linie oder ihrer Geschwister aus.

Vollstreckungsvoraussetzungen

Artikel 17

(1) Unbeschadet der Art. 2 bis 10 erfolgt die Vollstreckung nicht, wenn:

1. die verurteilte Person der Vollstreckung nicht zustimmt;
2. sich die verurteilte Person im Urteilsstaat in Haft befindet und zum Zeitpunkt des Ersuchens eine vier Monate nicht übersteigende Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme zu vollstrecken ist.

(2) Die Vollstreckung wird nicht übertragen, wenn:

1. die verurteilte Person im Urteilsstaat Asyl genießt;
2. die Übertragung der Vollstreckung mit Verpflichtungen des Urteilsstaates aus mehrseitigen Übereinkommen nicht vereinbar wäre.

(3) Zur Beurteilung der Voraussetzung des Abs. 1 Z 2 werden mehrere Freiheitsstrafen oder vorbeugende Maßnahmen oder ihre zu vollstreckenden Reste zusammengerechnet.

(4) Ist die verurteilte Person nicht in der Lage, eine rechtsgültige Zustimmung zur Vollstreckung zu geben, so ist die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters (Beistandes) nach dem Recht desjenigen Staates, in dem sich die verurteilte Person aufhält, einzuholen.

Eigene Staatsangehörige

Artikel 18

Eigene Staatsangehörige werden zum Zweck der Vollstreckung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme nicht überstellt.

Bindung an die Tatsachenfeststellungen

Artikel 19

(1) Im Falle der Vollstreckung ist der Vollstreckungsstaat an die der gerichtlichen Entscheidung zugrunde gelegten Tatsachenfeststellungen gebunden.

(2) Für die Entscheidung über einen Antrag auf Wiederaufnahme des Strafverfahrens ist ausschließlich der Urteilsstaat zuständig.

(3) Wird die dem Ersuchen um Vollstreckung zugrundeliegende gerichtliche Entscheidung im Urteilsstaat nachträglich aufgehoben oder abgeändert, so verständigt dieser Staat hievon unverzüglich den Vollstreckungsstaat.

Gnadenmaßnahmen, Amnestie

Artikel 20

Gnadenmaßnahmen und Amnestien zugunsten der verurteilten Person können sowohl vom Urteilsstaat als auch vom Vollstreckungsstaat ergriffen werden. Werden solche Maßnahmen vom Urteilsstaat ergriffen, so setzt er den Vollstreckungsstaat hievon unverzüglich in Kenntnis.

Vollstreckung

Artikel 21

Die Vollstreckung einschließlich der bedingten Entlassung richtet sich ausschließlich nach dem Recht des Vollstreckungsstaates.

Bewilligung der Vollstreckung

Artikel 22

Auf Grund eines Ersuchens, dem die in Art. 28 bezeichneten Unterlagen beizufügen sind, verständigt der ersuchte Staat den ersuchenden Staat, inwieweit dem Ersuchen stattgegeben worden ist. Eine gänzliche oder teilweise Ablehnung ist zu begründen.

Vollstreckungsverfahren

Artikel 23

(1) Wird die Vollstreckung übernommen, so setzen die Gerichte des Vollstreckungsstaates unter Bedachtnahme auf die im Urteilsstaat ausgesprochene Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme die nach ihrem Recht zu vollstreckende Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme fest.

(2) Durch die Vollstreckung im anderen Vertragsstaat darf die verurteilte Person in keinem Fall schlechter gestellt werden, als sie es im Urteilsstaat gewesen wäre.

(3) Die im Urteilsstaat in Haft zugebrachte Zeit wird in die im Vollstreckungsstaat zu verbüßende Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme zur Gänze eingerechnet.

Strafteilung

Artikel 24

(1) Liegen der Verurteilung mehrere Handlungen zugrunde, kann die Vollstreckung aber nur wegen des auf einzelne dieser Handlungen entfallenden Teiles erfolgen, so wird der Urteilsstaat den

Teil der Strafe bestimmen, der auf diese Handlungen entfällt. Der Vollstreckungsstaat ist berechtigt, dem Urteilsstaat für diese Entscheidung eine angemessene Frist zu setzen.

(2) Entscheidet der Urteilsstaat nach Abs. 1 nicht innerhalb der gesetzten Frist, so entscheidet darüber der Vollstreckungsstaat nach Maßgabe seines Rechts und seiner Strafbemessungsgrundsätze endgültig.

Wirkungen der Vollstreckung

Artikel 25

(1) Ist die Vollstreckung übernommen worden, so hat die weitere Vollstreckung im Urteilsstaat zu unterbleiben. Befindet sich die verurteilte Person im Urteilsstaat in Haft, so kann die Haft bis zu ihrer Überstellung in den Vollstreckungsstaat andauern.

(2) Das Recht des Urteilsstaates auf Vollstreckung erlischt endgültig, wenn die verurteilte Person die Strafe oder vorbeugende Maßnahme im Vollstreckungsstaat zur Gänze verbüßt hat oder sie ihr endgültig nachgesehen worden ist.

(3) Entzieht sich die verurteilte Person der Vollstreckung im Vollstreckungsstaat, so lebt das Recht des Urteilsstaates auf Vollstreckung des Strafrestes wieder auf. Der Vollstreckungsstaat wird den Urteilsstaat von solchen Umständen unverzüglich in Kenntnis setzen.

Überstellung

Artikel 26

Befindet sich die verurteilte Person im Urteilsstaat und soll sie zum Zweck der bereits bewilligten Vollstreckung der über sie verhängten Strafe oder angeordneten vorbeugenden Maßnahme in den Vollstreckungsstaat überstellt werden, so sind auf die Überstellung die Art. 28 bis 30 des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Auslieferung sinngemäß anzuwenden.

Grundsatz der Spezialität

Artikel 27

(1) Wird eine Person in Durchführung einer nach diesem Vertrag erfolgenden Vollstreckung aus dem Urteilsstaat in den Vollstreckungsstaat überstellt, so darf sie dort wegen einer vor ihrer Übergabe begangenen Handlung, auf die sich die Vollstreckungsbewilligung nicht bezieht, oder aus einem anderen vor ihrer Übergabe entstandenen Grund weder verfolgt, abgeurteilt oder irgendeiner Beeinträchtigung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen, noch an einen dritten Staat ausgeliefert werden.

(2) Die Beschränkung nach Abs. 1 entfällt:

1. wenn der zum Zweck der Vollstreckung überstellende Staat der Strafverfolgung, Auslieferung oder Vollstreckung einer gerichtlichen Strafe oder vorbeugenden Maßnahme zustimmt;
2. wenn die überstellte Person sich nach ihrer endgültigen Entlassung länger als 45 Tage im Vollstreckungsstaat aufhält, obwohl sie ihn verlassen konnte und durfte, oder wenn sie nach Verlassen dieses Staates freiwillig dahin zurückgekehrt ist.

(3) Auf die Zustimmung nach Abs. 2 Z 1 sind die Bestimmungen des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Auslieferung sinngemäß anzuwenden.

TEIL IV

Gemeinsame Bestimmungen über das Verfahren

Ersuchen und Unterlagen

Artikel 28

(1) Ersuchen nach diesem Vertrag werden schriftlich gestellt.

(2) Stellt der Urteilsstaat ein Ersuchen nach diesem Vertrag, so sind dem Ersuchen anzuschließen:

1. eine mit der Bestätigung der Rechtskraft und gegebenenfalls auch der Vollstreckbarkeit versehene Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift (Kopie) des Urteils;
2. eine Abschrift der angewendeten gesetzlichen Bestimmungen;
3. möglichst genaue Angaben über die Person, die im anderen Vertragsstaat überwacht werden oder dort die über sie verhängte Strafe oder vorbeugende Maßnahme verbüßen soll, ihre Staatsangehörigkeit und ihren Wohn- oder Aufenthaltsort;
4. gegebenenfalls eine Bestätigung über die anzurechnenden Haftzeiten;
5. im Falle einer Vollstreckung ein mit der verurteilten Person aufgenommenes Protokoll, aus dem sich die Zustimmung zur Vollstreckung ergibt;
6. weitere Unterlagen, die für die Beurteilung des Ersuchens von Bedeutung sein können.

(3) Stellt der Staat, der die Überwachung übernehmen oder der die im Urteilsstaat ausgesprochene Strafe oder vorbeugende Maßnahme vollstrecken soll, ein Ersuchen nach diesem Vertrag, so sind dem Ersuchen anzuschließen:

1. eine Abschrift der anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen;
2. möglichst genaue Angaben über die Person, die überwacht werden oder die Strafe oder

vorbeugende Maßnahme verbüßen soll, ihre Staatsangehörigkeit und ihren Wohn- oder Aufenthaltsort;

3. weitere Unterlagen, die für die Beurteilung des Ersuchens von Bedeutung sein können;
4. sofern sich die Person, welche die Strafe oder vorbeugende Maßnahme im Vollstreckungsstaat verbüßen soll, bereits in diesem Staat befindet, ein mit ihr aufgenommenes Protokoll, aus dem sich die Zustimmung zur Vollstreckung ergibt.

(4) Im Falle eines Ersuchens nach Abs. 3 übermittelt der Urteilsstaat gleichzeitig mit der Bewilligung des Ersuchens eine mit der Bestätigung der Rechtskraft und gegebenenfalls auch der Vollstreckbarkeit versehene Ausfertigung oder Abschrift (Kopie) des Urteils, eine Abschrift der angewendeten gesetzlichen Bestimmungen sowie eine Bestätigung über die in Haft zugebrachten Zeiten.

Ergänzung der Unterlagen

Artikel 29

Hält der ersuchte Staat die ihm übermittelten Angaben und Unterlagen für nicht ausreichend, so ersucht er um die notwendige Ergänzung. Er kann für das Einlangen dieser Ergänzung eine angemessene Frist bestimmen; diese kann auf begründetes Ersuchen verlängert werden. Mangels einer Ergänzung wird über das Ersuchen auf Grund der vorhandenen Angaben und Unterlagen entschieden.

Geschäftsweg

Artikel 30

(1) Der Schriftverkehr nach diesem Vertrag findet zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich einerseits und dem für Justiz zuständigen Sekretariat der Sozialistischen Republik oder der Sozialistischen Autonomen Provinz der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien andererseits statt. Der diplomatische Weg wird hiedurch nicht ausgeschlossen.

(2) In dringenden Fällen können Ersuchen und Mitteilungen nach diesem Vertrag durch Vermittlung der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL) übermittelt werden.

Sprache, Legalisierung

Artikel 31

Die nach diesem Vertrag gestellten Ersuchen und die beizufügenden Unterlagen werden in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt. Sie bedürfen keiner Legalisierung. Übersetzungen werden nicht angeschlossen.

Kosten**Artikel 32**

Die in Anwendung dieses Vertrages entstandenen Kosten werden nicht ersetzt. Der um Überstellung einer Person im Luftweg ersuchende Staat trägt aber die Kosten, die durch diese Überstellung entstanden sind.

Definitionen**Artikel 33**

(1) Im Sinne dieses Vertrages wird als „Sprache des ersuchenden Staates“ betrachtet:

1. für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache;
2. für das ganze Gebiet der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die serbokroatische Sprache, die kroatische Schriftsprache, die slowenische und die mazedonische Sprache.

(2) Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „vorbeugende Maßnahme“:

1. in der Republik Österreich jede die Freiheit entziehende Maßnahme, die durch das Urteil eines Strafgerichtes neben oder an Stelle einer Strafe angeordnet wird;
2. in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien Sicherungs- und Erziehungsmaßnahmen, die nach dem Strafrecht der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vorgesehen und mit einem Freiheitsentzug verbunden sind und von den Strafgerichten angeordnet werden.

(3) Ist die Dauer des Vollzuges der vorbeugenden Maßnahme unbestimmt, so ist für die Beurteilung, ob sie mindestens vier Monate (Art. 17 Abs. 1 Z 2) beträgt, der Zeitpunkt maßgebend, zu dem die Maßnahme nach dem Recht des Urteilsstaates spätestens aufzuheben ist.

(4) Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „bedingte strafrechtliche Sanktion“:

1. in der Republik Österreich die bedingte Strafnachsicht, die bedingte Nachsicht von vorbeugenden Maßnahmen, die bedingte Entlassung aus einer Freiheitsstrafe oder aus einer vorbeugenden Maßnahme (§§ 43 und 45 bis 47 des österreichischen Strafgesetzbuches) sowie die bedingte Verurteilung (§ 13 des Jugendgerichtsgesetzes 1961);
2. in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien eine bedingte Verurteilung, eine bedingte Verurteilung mit einer Schutzaufsicht sowie eine bedingte Entlassung.

TEIL V**Schlussbestimmungen****Artikel 34**

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Wien ausgetauscht.

Artikel 35

Dieser Vertrag findet auch auf gerichtliche Entscheidungen Anwendung, die vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages ergangen sind.

Artikel 36

(1) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird für unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt werden.

Geschehen zu Belgrad, am 1. Februar 1982 in zwei Urschriften in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik

Österreich:

Dr. BRODA

Für die Sozialistische Föderative Republik

Jugoslawien:

BANOVIĆ

[SERBO-CROATIAN TEXT — TEXTE SERBO-CROATE]

UGOVOR IZMEDJU REPUBLIKE AUSTRIJE I SOCIJALISTIČKE
FEDERATIVNE REPUBLIKE JUGOSLAVIJE O MEDJUSOB-
NOM IZVRŠAVANJU SUDSKIH ODLUKA U KRIVIČNIM STVA-
RIMA

Savezni Predsednik Republike Austrije

i

Predsedništvo Socijalističke Federativne Repu-
blike Jugoslavije

rukovodjeni željom da prodube pravne odnose
između dveju država i da olakšaju pravni saobraćaj
između njih saglasili su se da zaključe Ugovor o
medjusobnom izvršavanju sudskih odluka u krivi-
čnim stvarima i u tu svrhu se dogovorili o sledećem:

DEO I

Opšte odredbe

Obaveza nadzora i izvršenja

Član 1

(1) Države ugovornice se obavezuju da na
molbu, prema niže navedenim odredbama i uslo-
vima, uzajamno vrše:

1. nadzor nad licima kojima je u jednoj državi
ugovornici sud pravosnažno izrekao uslovnu
krivičnu sankciju za vreme trajanja provera-
vanja;
2. izvršenje kazne zatvora ili preventivne mere
koju je pravosnažno izrekao sud jedne države
ugovornice.

(2) Nadzor ili izvršenje će se sprovesti u jednoj
državi ugovornici samo ako je osuđeno lice
državljanin te države ugovornice i u njoj ima svoje
prebivalište ili boravište.

Sudske odluke koje podležu nad-
zoru ili izvršenju

Član 2

Nadzor ili izvršenje sprovedeće se samo ako je
delo na kome se zasniva odluka, sudski kažnjivo
prema pravu obe države ugovornice.

Politička krivična dela

Član 3

(1) Nadzor ili izvršenje se neće sprovesti ako
delo na kome se zasniva sudska odluka prema
mišljenju zamoljene države predstavlja krivično
delo političkog karaktera.

(2) Neće se smatrati krivičnim delom političkog
karaktera delo kod kojeg, uzimajući u obzir sve
okolnosti pojedinačnog slučaja, naročito način
izvršenja, primenjena ili zaprečena sredstva ili
težinu nastalih ili očekivanih posledica, kriminalni
karakter dela preteže nad političkim.

Vojna krivična dela

Član 4

Nadzor ili izvršenje se neće sprovesti, ako se delo
na kome se zasniva sudska odluka, prema mišljenju
zamoljene države, sastoji isključivo u povredi
vojnih dužnosti.

Fiskalna krivična dela

Član 5

Nadzor ili izvršenje se neće sprovesti ako delo na
kome se zasniva sudska odluka, prema mišljenju
zamoljene države isključivo predstavlja povredu
propisa o porezima, monopolu, carini ili devizama
ili povredu propisa o kontingentiranju roba ili
spoljnoj trgovini.

Zastarelost

Član 6

Nadzor ili izvršenje se neće sprovesti ako je
izvršenje kazne ili preventivne mere zastarelo
prema pravu jedne od država ugovornica.

Vanredni Sudovi

Član 7

Nadzor ili izvršenje se neće sprovesti ako je odluku doneo vanredni sud.

Osuda u odsustvu

Član 8

Nadzor ili izvršenje se neće sprovesti ako je sudska odluka doneta u odsutnosti osuđenog lica.

Načelo ne bis in idem

Član 9

(1) Nadzor ili izvršenje se neće sprovesti ako je osuđeno lice u zamoljenoj državi već pravosnažno osuđeno za isto delo ili je oslobođeno iz nekog drugog razloga, osim zbog nedostatka sudske nadležnosti.

(2) Osuda u trećoj državi sprečava nadzor ili izvršenje samo ako je kazna koja je tamo izrečena nad osuđenim licem potpuno izvršena ili oprostena ili oprostena za neizvršeni deo.

(3) Ako je u državi ugovornici koja treba da preuzme nadzor ili izvršenje u toku krivični postupak protiv osuđenog lica za delo na kome se zasniva zahtev i ako je preuzet nadzor ili izvršenje onda ta država ugovornica privremeno obustavlja krivični postupak. Ona stiče pravo na ponovno krivično gonjenje ako osuđeno lice izbegne nadzor ili izvršenje. Država koja je preuzela nadzor ili izvršenje konačno obustavlja krivični postupak ako je kazna ili preventivna mera potpuno izvršena ili oprostena.

Javni poredak

Član 10

Nadzor ili izvršenje se neće sprovesti ako bi izvršenje molbe moglo da ugrozi bezbednost zamoljene države ili bi bilo u suprotnosti sa principima njenog pravnog poretka.

DEO II

Nadzor

Načela nadzora

Član 11

Ako se lice, koje u jednoj državi ugovornici ima prebivalište ili boravište, osudi u drugoj državi ugovornici (u daljem tekstu: država koja je donela pre-

sudu) za krivično delo na uslovnu krivičnu sankciju uz određivanje vremena proveravanja, svaka država ugovornica može molbom zatražiti da se nadzor sprovede u onoj državi u kojoj osuđeno lice ima prebivalište ili boravište (u daljem tekstu: država koja vrši nadzor).

Mere Nadzora

Član 12

(1) Nadzor (član 1. stav 1. tačka 1) se sastoji, s jedne strane u izricanju mera koje su predviđene prema pravu države koja vrši nadzor i koje su usmerene na poboljšanje i na ponovno uključivanje osuđenog lica u život u zajednici, i s druge strane u nadzoru nad njegovim ponašanjem da bi se po potrebi moglo obezbediti opozivanje uslovno izrečene krivične sankcije.

(2) Pri izricanju mera potrebnih za nadzor uvažavaće se što više mere izrečene u državi koja je donela presudu.

(3) Mere nadzora izrečene u državi koja vrši nadzor ne smeju biti ni u kom slučaju strože prema svojoj vrsti i trajanju od mera izrečenih u državi koja je donela presudu.

(4) Za opoziv uslovne krivične sankcije isključivo je nadležna država koja je donela presudu.

(5) Nadzor se isključivo sprovodi prema pravu države koja vrši nadzor.

Odobrenje nadzora

Član 13

(1) Na osnovu zahteva kome treba priložiti dokumenta navedena u članu 28. ovog Ugovora, zamoljena država obaveštava državu molilju u kojoj je meri udovoljeno molbi. Potpuno ili delimično odbijanje treba obrazložiti.

(2) Država koja vrši nadzor saopštava državi koja je donela presudu uslove i mere nadzora određene osuđenom licu kojima je ono potčinjeno u toku vremena proveravanja.

(3) Država koja vrši nadzor obaveštava što je moguće pre državu koja je donela presudu o svim okolnostima koje bi mogle da izazovu opoziv uslovne krivične sankcije; ona u svakom slučaju obaveštava državu koja je donela presudu u momentu isteka vremena proveravanja o svim okolnostima koje se odnose na nadzor.

Obaveštenja

Član 14

(1) Država koja je donela presudu neodložno obavestava državu koja vrši nadzor o svim okolnostima koje bi mogle uticati na nadzor. Ona je posebno obavestava o pomilovanju, amnestiji ili o opozivu uslovne krivične sankcije.

(2) Ako država koja je donela presudu opozove uslovnu krivičnu sankciju, onda je njoj prepušteno da državu koja vrši nadzor na osnovu ovog Ugovora zamoli za izvršenje kazne ili preventivne mere.

Dejstvo nadzora

Član 15

Ako je preuzet nadzor, dalje mere izvršenja u državi koja je donela presudu privremeno se obustavljaju. Pravo države koja je donela presudu na izvršenje konačno prestaje ako u vremenu proveravanja nije nastala ni jedna okolnost koja prema pravu države koja je donela presudu izaziva opoziv uslovne krivične sankcije.

DEO III

Izvršenje

Načela izvršenja

Član 16

(1) Ako se lice koje u jednoj državi ugovornici ima prebivalište ili boravište pravosnažno osudi u drugoj državi ugovornici (u daljem tekstu: država izricanja presude) na kaznu zatvora za krivično delo ili se za to krivično delo izrekne preventivna mera, svaka država ugovornica molbom može zatražiti da se izvršenje kazne ili preventivne mere sprovede u onoj državi u kojoj osudjeno lice ima prebivalište ili boravište (u daljem tekstu: država izvršilac).

(2) Ni jedna odredba ovog Ugovora ne isključuje pravo osudjenog lica, njegovog zakonskog zastupnika, bračnog druga, srodnika u pravoj liniji ili braće i sestara, na podnošenje molbe za prenošenje izvršenja.

Pretpostavke za izvršenje

Član 17

(1) Pored slučajeva predviđenih u članu 2. do 10. ovog Ugovora izvršenje se neće sprovesti i:

1. ako osudjeno lice ne da saglasnost za izvršenje;

2. ako se osudjeno lice nalazi u zatvoru u državi izricanja presude, a u vreme podnošenja molba treba da se izvrši kazna zatvora ili preventivna mera u trajanju manje od 4 meseca.

(2) Izvršenje se neće preneti:

1. ako osudjeno lice uživa azil u državi izricanja presude;
2. ako prenošenje izvršenja ne bi bilo u saglasnosti sa obavezama država izricanja presude iz multilateralnih sporazuma.

(3) Za ocenu pretpostavke iz stava*1. tačka 2. ovog člana sabiraju se kazne zatvora ili preventivne mere ili njihovi ostaci koji treba da se izvrše.

(4) Ako osudjeno lice nije u mogućnosti da da pravnovaljanu saglasnost za izvršenje, saglasnost zakonskog zastupnika (punomoćnika) treba pribaviti prema pravu one države u kojoj boravi osudjeno lice.

Sopstveni državljani

Član 18

Sopstveni državljani se ne predaju u svrhu izvršenja kazne ili preventivne mere.

Obaveznost utvrdjenog činjeničnog stanja

Član 19

(1) U slučaju izvršenja država izvršilac je vezana za utvrdjene činjenice na kojima se zasniva sudska odluka.

(2) Za odluku o zahtevu za ponavljanje krivičnog postupka je isključivo nadležna država izricanja presude.

(3) Ako se sudska odluka na kojoj se zasniva molba za izvršenje naknadno ukine ili izmeni u državi izricanja presude ta država će o tome neodložno obavestiti državu izvršioaca.

Pomilovanje i amnestija

Član 20

Pomilovanje i amnestiju u korist osudjenog lica mogu da daju i država izricanja presude i država izvršilac. Ako takve mere preduzima država izricanje presude ona neodložno obavestava o tome državu izvršioaca.

Izvršenje

Član 21

Izvršenje, uključujući i uslovi otpust, sprovodi se isključivo prema pravu države izvršioca.

Odobrenje Izvršenja

Član 22

Na osnovu molbe kojoj treba priložiti dokumenta navedena u članu 28. ovog Ugovora zamoljena država obavestiće državu molilju u kojoj meri je udovoljeno molbi. Svako potpuno ili delimično odbijanje treba obrazložiti.

Postupak izvršenja

Član 23

(1) Ako se preuzme izvršenje sudovi države izvršioca, uzimajući u obzir kaznu zatvora ili preventivnu meru izrečenu u državi izricanja presude, određuju kaznu zatvora ili preventivnu meru koju treba izvršiti prema svom pravu.

(2) Izvršenjem u drugoj državi ugovornici osuđeno lice ne sme ni u kom slučaju da se dovede u teži položaj nego što bi ga imalo u državi izricanja presude.

(3) Vreme provedeno u zatvoru države izricanja presude uračunaće se potpuno u kaznu zatvora ili preventivnu meru koja treba da se izdržava u državi izvršiocu.

Razdvajanje kazne

Član 24

(1) Ako se osuda zasniva na više dela, izvršenje može da usledi samo za deo kazne zatvora koji otpada na pojedina od tih dela i onda će država izricanja presude odrediti deo kazne koji otpada na ta dela. Država izvršilac ima pravo da državi izricanja presude odredi prikladan rok za donošenje takve odluke.

(2) Ako država izricanja presude ne odluči u roku iz stava 1. ovog člana, država izvršilac će o tome odlučiti konačno prema pravu i svojim načelima o odmeravanju kazne.

Dejstvo izvršenja

Član 25

(1) Ako je preuzeto izvršenje onda prestaje dalje izvršenje u državi izricanja presude. Ako se osu-

djeno lice nalazi u zatvoru u državi izricanja presude, zatvor može trajati do njegove predaje državi izvršiocu.

(2) Pravo države izricanja presude na izvršenje konačno prestaje kada je osuđeno lice potpuno izdržalo kaznu ili preventivnu meru u državi izvršiocu ili mu je ona konačno oprostena.

(3) Ako osuđeno lice izbegne izvršenje u državi izvršiocu, država izricanja presude ponovo stiče pravo na izvršenje ostatka kazne. Država izvršilac će neodložno obavestiti državu izricanja presude o takvim okolnostima.

Predaja

Član 26

Ako se osuđeno lice nalazi u državi izricanja presude i ono treba da se preda državi izvršiocu radi već odobrenog izvršenja kazne ili preventivne mere koja mu je izrečena, na predaju se shodno primenjuju odredbe člana 28. do 30. Ugovora o izdavanju između Republike Austrije i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije.

Načelo specijalnosti

Član 27

(1) Ako se lice u sprovođenju izvršenja, koje je usledilo prema ovom Ugovoru, predaje iz države izricanja presude državi izvršiocu, ono tamo, zbog dela počinjenog pre predaje ili po nekom drugom razlogu nastalom pre predaje na koje se ne odnosi odobrenje izvršenja, ne sme da bude gonjeno, osuđeno niti podvrgnuto nekom drugom ograničenju lične slobode, niti izručeno trećoj državi.

(2) Ograničenje iz stava 1. ovog člana prestaje:

1. ako se država koja vrši predaju u cilju izvršenja saglasi sa krivičnim gonjenjem, izručenjem ili izvršenjem sudske kazne ili preventivne mere;
2. ako predato lice posle njegovog konačnog puštanja na slobodu boravi duži od 45 dana u državi izvršiocu, i ako je moglo i smelo da je napusti ili ako se posle napuštanja te države dobrovoljno tamo ponovo vratilo.

(3) Na saglasnost iz stava 2. tačka 1. ovog člana treba shodno primeniti odredbe Ugovora o izdavanju između Republike Austrije i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije.

DEO IV

Zajedničke odredbe o postupku

Zahtev i dokumentacija

Član 28

(1) Zahtevi, shodno ovom Ugovoru dostavljaju se pismeno.

(2) Ako država izricanja presude podnese zahtev shodno ovom Ugovoru, zahtevu treba priložiti:

1. primerak ili overen prepis (kopiju) presude sa potvrdom pravosnažnosti i po potrebi o izvršnosti;
2. prepis primenjenih zakonskih odredaba;
3. što tačnije podatke o licu nad kojim treba da se vrši nadzor u drugoj državi ugovornici ili koje tamo treba da izdržava izrečenu kaznu ili preventivnu meru, o njegovom državljanstvu i o njegovom mestu prebivališta ili boravišta;
4. po potrebi potvrdu o vremenu zatvora koji treba uračunati;
5. u slučaju izvršenja — zapisnik sačinjen sa osudjenim licem iz koga se vidi saglasnost za izvršenje;
6. ostala dokumenta koja mogu biti od značaja za ocenu zahteva.

(3) Ako država koja treba da preuzme nadzor ili da izvrši kaznu ili preventivnu meru izrečenu u državi izricanja presude podnese zahtev prema ovom Ugovoru, zahtevu treba priložiti:

1. prepis zakonskih odredaba koje treba primeniti;
2. što tačnije podatke o licu koje treba nadzirati ili koje treba da izdržava kaznu ili preventivnu meru, o njegovom državljanstvu i njegovom mestu prebivališta ili boravišta;
3. ostala dokumenta koja mogu biti od značaja za ocenu zahteva;
4. ako se lice koje treba da izdržava kaznu ili preventivnu meru u državi izvršiocu, već nalazi u toj državi, onda i zapisnik sačinjen sa tim licem iz koga se vidi saglasnost za izvršenje.

(4) U slučaju zahteva iz stava 3. ovog člana, država izricanja presude dostavlja istovremeno sa odobrenjem zahteva primerak ili prepis (kopiju) presude na kojoj se nalazi potvrda pravosnažnosti, po potrebi o izvršnosti, prepis primenjenih zakonskih odredbi, kao i potvrdu o vremenu provedenom u zatvoru.

Dopuna Dokumentacije

Član 29

Ako zamoljena država smatra da podaci i dokumentacija koji su joj dostavljeni nisu dovoljni, zatražiće potrebnu dopunu. Za podnošenje ove dopune ona može da odredi primeran rok koji se može produžiti na obrazloženu molbu. U nedostatku dopune, o molbi za izvršenje odlučivaće se na osnovu postojećih podataka i dokumentacije.

Način opštenja

Član 30

(1) Pismena korespondencija po ovom Ugovoru vršiće se između Saveznog ministarstva za pravosuđe Republike Austrije, s jedne strane i sekretarijata nadležnog za poslove pravosuđa socijalističke republike ili socijalističke autonomne pokrajine Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, s druge strane. Diplomatski put opštenja ovim nije isključen.

(2) U hitnim slučajevima molbe i saopštenja po ovom Ugovoru mogu se dostavljati putem Međunarodne organizacije krivične policije — INTERPOL.

Jezik i legalizacija

Član 31

Zahtevi koji se podnose prema ovom Ugovoru i dokumentacija koja treba da se priloži sačinjavaju se na jeziku države molilje. Njihova legalizacija nije potrebna. Prevodi se ne prilažu.

Troškovi

Član 32

Troškovi nastali u primeni ovog Ugovora neće se nadoknađivati. Međutim, država koja noli za predaju lica vazdušnim putem snosi troškove koji su nastali iz te predaje.

Definicije

Član 33

(1) U smislu ovog Ugovora »jezik države molilje« podrazumeva:

1. za teritoriju Republike Austrije nemački jezik;
2. za celokupnu teritoriju Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, srpskohrvatski, hrvatski književni, slovenački i makedonski jezik.

(2) U smislu ovog Ugovora pojam »preventivna mera« označava:

1. u Republici Austriji svaka mera koja znači oduzimanje slobode i koja je izrečena presudom krivičnog suda pored ili mesto neke kazne,
2. u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji mere bezbednosti i vaspitne mere koje su predviđene u krivičnom zakonodavstvu, a koje izriče krivični sud i imaju za posledicu oduzimanje slobode.

(3) Ako je trajanje izvršenja preventivne mere neodređeno, onda je za ocenu da li to trajanje iznosi najmanje 4 meseca (član 17. stav 1. tačka 2) merodavan trenutak u kome mera najkasnije mora da se ukine prema pravu države koja je donela sudsku odluku.

(4) U smislu ovog Ugovora pojam »uslovna krivična sankcija« podrazumeva:

1. u Republici Austriji — uslovni oprostaj kazne, uslovni oprostaj preventivnih mera, uslovni otpust iz kazne zatvora ili iz preventivne mere (paragrafi 43 i 45 do 47 Austrijskog krivičnog zakonika) kao i uslovnu osudu (paragraf 13 Zakona o sudovima za maloletnike iz 1961. godine),
2. u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji — uslovna osuda, uslovna osuda sa zaštitnim nadzorom i uslovni otpust.

DEO V

Završne odredbe

Član 34

Ovaj Ugovor podleže ratifikaciji. Ratifikacioni instrumenti razmenite se u Beču.

Član 35

Ovaj Ugovor će se primenjivati i na sudske odluke koje su izrečene pre stupanja na snagu ovog Ugovora.

Član 36

(1) Ovaj Ugovor stupa na snagu prvog dana trećeg meseca, posle razmene ratifikacionih instrumenata.

(2) Ovaj Ugovor se zaključuje na neodređeno vreme. Njega može pismeno otkazati svaka država ugovornica diplomatskim putem sa otkaznim rokom od 6 meseci.

Sačinjeno dana 1. februara 1982. godine u Beogradu u dva originalna primerka na nemačkom i srpskohrvatskom jeziku, pri čemu oba teksta imaju istu važnost.

Za Republiku

Austriju:

Dr. BRODA

Za Socijalističku Federativnu Republiku

Jugoslaviju:

BANOVIĆ

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE SOCIALIST FEDERAL REPUBLIC OF YUGOSLAVIA ON RECIPROCAL EXECUTION OF JUDICIAL DECISIONS IN CRIMINAL MATTERS

The Federal President of the Republic of Austria and the Presidency of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia,

Desirous of deepening legal relations between the two States and facilitating legal dealings between them, have agreed to conclude a treaty on the reciprocal execution of judicial decisions in criminal matters, and to that end have agreed as follows:

PART I

GENERAL PROVISIONS

Article 1

OBLIGATION OF SUPERVISION AND ENFORCEMENT

(1) The Contracting States reciprocally undertake, on request and in accordance with the following provisions and conditions:

1. To supervise persons on whom the courts of one Contracting State by a final decision have imposed a conditional criminal sentence (suspended sentence) during a probationary period;

2. To enforce a sentence of imprisonment or a preventive measure imposed by the courts of a Contracting State by a final decision.

(2) The supervision or enforcement shall be undertaken in a Contracting State only if the convicted person is a national of that Contracting State and has his or her domicile or residence therein.

*Article 2*JUDICIAL DECISIONS SUBJECT
TO SUPERVISION OR ENFORCEMENT

Supervision or enforcement shall be undertaken only if the act that gave rise to the decision is punishable in a court of law under the law of both Contracting States.

¹ Came into force on 1 January 1984, i.e., the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vienna on 21 October 1983, in accordance with article 31 (1).

Article 3

POLITICAL OFFENCES

(1) Supervision or enforcement shall not be undertaken if, in the view of the requested State, the act that gave rise to the judicial decision constitutes a political offence.

(2) An offence in which, after consideration of all the circumstances of the particular case, especially the way in which the offence was committed, the means used or threatened and the seriousness of the actual or intended consequences, the criminal character of the offence outweighs the political character shall not be deemed to be a political offence.

Article 4

MILITARY OFFENCES

Supervision or enforcement shall not be undertaken if, in the view of the requested State, the act that gave rise to the judicial decision constitutes solely a breach of military duties.

Article 5

FISCAL OFFENCES

Supervision or enforcement shall not be undertaken if, in the view of the requested State, the act that gave rise to the judicial decision constitutes solely a violation of tax, monopoly, customs or currency regulations, commodity controls or foreign trade regulations.

Article 6

STATUTE OF LIMITATION

Supervision or enforcement shall not be undertaken if enforcement of the sentence or preventive measure is barred by the statute of limitation under the law of one of the two Contracting States.

Article 7

EXTRAORDINARY COURTS

Supervision or enforcement shall not be undertaken if the decision was pronounced by an extraordinary court.

*Article 8*JUDGEMENTS *IN ABSENTIA*

Supervision or enforcement shall not be undertaken if the decision was handed down in the absence of the convicted person.

*Article 9**NE BIS IN IDEM PRINCIPLE*

(1) Supervision or enforcement shall not be undertaken if the convicted person has already been finally convicted of the same offence or acquitted of it on grounds other than lack of jurisdiction.

(2) Conviction in a third State shall be a bar to supervision or enforcement only if the sentence there imposed on the convicted person was fully served or if the entire sentence or the portion remaining to be served was remitted.

(3) If criminal proceedings are pending against the convicted person for the offence that gave rise to the request in the Contracting State which is to assume supervision or enforcement and if it undertakes such supervision or enforcement, that Contracting State must provisionally suspend criminal proceedings. It shall recover the right to prosecute if the convicted person evades its supervision or enforcement. A State that has undertaken supervision or enforcement shall definitively abandon criminal proceedings when the sentence or preventive measure is finally served or remitted.

*Article 10**PUBLIC ORDER (ORDRE PUBLIC)*

Enforcement or supervision shall not be undertaken if compliance with the request might prejudice the security of the requested State or contravene principles of its legal system.

PART II

SUPERVISION

Article 11

PRINCIPLES OF SUPERVISION

If a person domiciled or residing in one Contracting State is conditionally sentenced in the other Contracting State (the sentencing State) for an offence with stipulation of a probationary period, either of the two Contracting States may request that the supervision shall be undertaken in the State in which the convicted person has his or her domicile or residence (supervising State).

Article 12

SUPERVISORY MEASURES

(1) Supervision (article 1, paragraph (1), subparagraph 1) shall consist, on the one hand, in ordering the measures provided for under the law of the supervising State with a view to rehabilitating the convicted person and readapting that person to life in the community and, on the other hand, in monitoring his or her conduct so that if necessary the conditional remission of the criminal penalty may be revoked.

(2) In ordering the measures necessary for supervision, consideration shall be given insofar as possible to the measures ordered in the sentencing State.

(3) The measures ordered in the supervising State may in no case be more severe in nature and duration than those imposed in the sentencing State.

(4) Only the sentencing State shall be competent to revoke the conditional criminal sentence.

(5) Supervision shall be conducted solely in accordance with the law of the supervising State.

Article 13

AGREEMENT TO SUPERVISE

(1) In response to a request accompanied by the documents described in article 28, the requested State shall inform the requesting State to what extent the request may be granted. Reasons shall be given for complete or partial refusal.

(2) The supervising State shall inform the sentencing State of the conditions imposed on the convicted person and the measures to which he or she is subject during the probationary period.

(3) The supervising State shall inform the sentencing State as soon as possible of all circumstances that might have a bearing on revocation of a conditional sentence; it shall in any case inform the sentencing State at the expiration of the probation period about all circumstances regarding its supervision.

Article 14

COMMUNICATIONS

(1) The sentencing State shall inform the supervising State immediately of all circumstances that might affect supervision. It shall in particular inform it of acts of clemency or amnesty or of a revocation of the conditional criminal sentence.

(2) If the sentencing State revokes the conditional criminal sentence, it shall then be free to request the supervising State, under this Treaty, to enforce the sentence or preventive measure.

Article 15

EFFECTS OF SUPERVISION

If supervision is undertaken, temporarily no further enforcement measures shall be taken in the sentencing State. The sentencing State's right of enforcement shall lapse definitively if no circumstances arise during the probation period that would cause the conditional criminal sentence to be revoked under the law of the sentencing State.

PART III

ENFORCEMENT

Article 16

PRINCIPLES OF ENFORCEMENT

(1) If a person domiciled or residing in one Contracting State is given a sentence of imprisonment for a criminal offence by a final decision in the other Contracting State (sentencing State) or is subjected to a preventive measure for a criminal offence, either of the two Contracting States may request that enforcement of the sentence or preventive measure shall be undertaken in the State in which the convicted person has his or her domicile or residence (enforcing State).

(2) Nothing in this Treaty excludes the right of the convicted person or his or her legal representative, spouse, relatives in the direct line or siblings to petition for a transfer of enforcement.

Article 17

PREREQUISITES FOR ENFORCEMENT

(1) Without prejudice to articles 2 to 10, enforcement shall not be undertaken if:

1. The convicted person does not consent;

2. The convicted person is in custody in the sentencing State and at the time of the request has a sentence of imprisonment or preventive measure left to serve of not more than four months.

(2) Enforcement shall not be transferred if:

1. The convicted person has been granted asylum in the sentencing State;

2. Transfer of enforcement would be incompatible with the obligations of the sentencing State under multilateral agreements.

(3) In determining whether the criterion in paragraph (1), subparagraph 2, is met, sentences of imprisonment or preventive measures or periods thereof remaining to be served shall be added together.

(4) If the convicted person is not in a position to give legal consent to enforcement, the consent of his or her legal representative (guardian) according to the law of the State in which the convicted person is residing shall be sought.

Article 18

NATIONALS OF A STATE

A State shall not transfer its own nationals for purposes of enforcement of a sentence or preventive measure.

Article 19

BINDING NATURE OF FINDINGS OF FACT

- (1) In undertaking enforcement, the enforcing State shall be bound by the findings of fact on which the judicial decision was based.
- (2) Only the sentencing State shall be competent to decide on a motion for resumption of criminal proceedings.
- (3) If the judicial decision that gave rise to the enforcement request is overturned or amended in the sentencing State, that State shall immediately so inform the enforcing State.

Article 20

CLEMENCY, AMNESTY

Clemency or amnesty measures may be taken in favour of the convicted person by either the sentencing State or the enforcing State. If such measures are taken by the sentencing State, it shall immediately bring this to the attention of the enforcing State.

Article 21

ENFORCEMENT

Enforcement, including conditional release (parole), shall be governed exclusively by the law of the enforcing State.

Article 22

AGREEMENT TO ENFORCE

In response to a request accompanied by the documents described in article 28, the requested State shall inform the requesting State to what extent the request may be granted. Reasons shall be given for complete or partial refusal.

Article 23

ENFORCEMENT PROCEDURE

- (1) If enforcement is undertaken, the courts of the enforcing State, with regard for the sentence of imprisonment or preventive measure imposed in the sentencing State, shall determine the sentence or imprisonment or preventive measure to be enforced in accordance with the law of the enforcing State.
- (2) Enforcement in the other Contracting State shall in no case put the convicted person in a worse position than would enforcement in the sentencing State.
- (3) The time spent in custody in the sentencing State shall be counted in full against the sentence of imprisonment or preventive measure to be served in the enforcing State.

Article 24

DIVIDED SENTENCE

(1) Where a sentence is based on more than one offence but can be enforced only with respect to the part that applies to certain of the offences, the sentencing State shall specify the part of the sentence that applies to those offences. The enforcing State shall be entitled to set the sentencing State a reasonable time limit in which to decide.

(2) If the sentencing State does not decide within the time limit mentioned in paragraph (1), the enforcing State shall take a final decision in that regard on the basis of its own law and sentencing rules.

Article 25

EFFECTS OF ENFORCEMENT

(1) If enforcement is undertaken, no further enforcement measures shall be taken in the sentencing State. If the convicted person is in custody in the sentencing State, he or she may remain in custody until transferred to the enforcing State.

(2) The sentencing State's right of enforcement lapses definitively once the convicted person has served the full term of the sentence or preventive measure in the enforcing State or has been granted a final remission.

(3) If the convicted person evades enforcement in the enforcing State, the sentencing State shall recover the right to enforce the remainder of the sentence. The enforcing State shall inform the sentencing State of such an occurrence without delay.

Article 26

TRANSFER

If the convicted person is in the sentencing State and is to be transferred to the enforcing State for purposes of agreed enforcement of a sentence or preventive measure imposed that person, articles 28 to 30 of the Treaty between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on Extradition¹ shall apply *mutatis mutandis* to the transfer.

Article 27

RULE OF SPECIALITY

(1) A person transferred from the sentencing State to the enforcing State for purposes of enforcement under this Treaty shall not be prosecuted, sentenced or subjected to any other restrictions of personal liberty in the latter State or extradited to a third State for an act committed prior to the transfer to which the enforcement agreement does not apply or on any other grounds pre-dating the transfer.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1893, No.I-32230.

(2) The limitation in paragraph (1) shall not apply:

1. If the State transferring the person for purposes of enforcement consents to prosecution, extradition or enforcement of a judicial sentence or preventive measure;

2. If the transferred person could and should have left the enforcing State but has not done so within 45 days of final discharge, or after leaving the State has voluntarily returned to it.

(3) The provisions of the Treaty between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on Extradition shall apply *mutatis mutandis* to consent under paragraph (2), subparagraph 1.

PART IV

COMMON PROCEDURAL PROVISIONS

Article 28

REQUESTS AND DOCUMENTS

(1) Requests under this Treaty shall be made in writing.

(2) If the sentencing State submits a request under this Treaty, the following shall be attached to the request:

1. An original or certified copy of the decision with confirmation of its finality and, where relevant, its enforceability;

2. A copy of the applicable legal provisions;

3. The fullest possible particulars concerning the person who is to be supervised or to serve a sentence or preventive measure in the other Contracting State, and his or her nationality and domicile or residence;

4. Confirmation of the time already spent in custody, if any;

5. In the case of enforcement, a record drawn up with the convicted person attesting to his or her consent to the enforcement;

6. Other documents that might be relevant to the evaluation of the request.

(3) Should the State that is to assume supervision or to enforce a sentence or preventive measure pronounced in the sentencing State submit a request under this Treaty, the following are to be attached to the request:

1. A copy of the applicable legal provisions;

2. The fullest possible particulars concerning the person who is to be supervised or is to serve the sentence or preventive measure, and his or her nationality and domicile or residence;

3. Other documents that might be relevant to the evaluation of the request;

4. If the person who is to serve the sentence or preventive measure is already in that State, a record drawn up with the person attesting to his or her consent to the enforcement.

(4) In the event of a request under paragraph (3), the sentencing State shall send, together with its approval of the request, an original or certified copy of the decision with confirmation of its finality and, where relevant, its enforceability, a copy of the applicable legal provisions, and confirmation of the time already spent in custody.

Article 29

ADDITIONAL DOCUMENTS

Should the requested State find that the information and documents provided are insufficient, it shall request the necessary additional material. It may set a reasonable time limit for receipt of such material; the time limit may be extended upon a well-founded request. In the absence of additional material, a decision shall be taken regarding the request on the basis of the existing information and documents.

Article 30

CHANNELS OF COMMUNICATION

(1) Correspondence under this Treaty shall be exchanged between the Federal Ministry of Justice of the Republic of Austria and the department responsible for justice of the respective socialist republic or socialist autonomous province of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia. Communication through the diplomatic channel is not hereby excluded.

(2) In cases of urgency, requests and communications under this Treaty may be transmitted through the International Criminal Police Organization (INTERPOL).

Article 31

LANGUAGE, AUTHENTICATION

Requests made under this Treaty and the attached documents shall be in the language of the requesting State. They shall not require authentication. Translations shall not be attached.

Article 32

COSTS

Costs arising from implementation of this Treaty shall not be reimbursed. A State requesting the transfer of a person by air, however, shall bear the costs involved in the transfer.

Article 33

DEFINITIONS

(1) For the purposes of this Treaty, the “language of the requesting State” shall mean:

1. For the territory of the Republic of Austria, the German language;
2. For the entire territory of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, the Serbo-Croatian, literary Croatian, Slovene and Macedonian languages.

(2) For the purposes of this Treaty, the term “preventive measure” shall mean:

1. In the Republic of Austria, any measure involving deprivation of liberty which is ordered by decision of a criminal court in addition to or instead of a sentence;

2. In the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, security and correctional education measures provided for by the criminal law of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia which involve deprivation of liberty and are ordered by the criminal courts.

(3) If the duration of enforcement of the preventive measure is indefinite, in determining whether it is at least four months (article 17, paragraph (1), subparagraph 2), it shall be figured according to the last possible date on which the measure is to be lifted in accordance with the law of the sentencing State.

(4) For the purposes of this Treaty, the term "conditional criminal sentence" shall mean:

1. In the Republic of Austria, conditional remission of a sentence, conditional remission of a preventive measure, conditional release from a sentence of imprisonment or from a preventive measure (articles 43 and 45 to 47 of the Austrian Penal Code) or conditional sentence (article 13 of the Youth Court Act of 1961);

2. In the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, a conditional sentence, a conditional sentence with probationary supervision or a conditional release.

PART V

FINAL PROVISIONS

Article 34

This Treaty is subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged at Vienna.

Article 35

This Treaty shall not apply to judicial decisions pronounced prior to its entry into force.

Article 36

(1) This treaty shall enter into force on the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification.

(2) This treaty is concluded for an indefinite period. Either Contracting State may denounce the Treaty by giving six months' notice in writing through the diplomatic channel.

DONE at Belgrade, on 1 February 1982, in two originals in the German and Serbo-Croatian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

BRODA

For the Socialist Federal Republic
of Yugoslavia:

BANOVIĆ

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRATIVE SOCIALISTE DE YOUGOSLAVIE RELATIF À L'EXÉCUTION MUTUELLE DES SENTENCES JUDICIAIRES EN MATIÈRE PÉNALE

Le Président fédéral de la République d'Autriche et le Présidium de la République fédérative socialiste de Yougoslavie,

Désireux d'approfondir les relations juridiques entre les deux Etats et de faciliter leurs rapports dans le domaine judiciaire, ont décidé de conclure un traité relatif à l'exécution mutuelle des sentences judiciaires en matière pénale et sont convenus à cette fin des dispositions suivantes :

TITRE PREMIER

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article premier

OBLIGATION DE SURVEILLANCE ET D'EXÉCUTION

1) Les Etats contractants s'engagent, sur demande et à titre réciproque, conformément aux dispositions et conditions ci-après :

1. A surveiller pendant une période de mise à l'épreuve les personnes à l'encontre desquelles le tribunal de l'un des Etats contractants a prononcé à titre définitif une sanction pénale conditionnelle;

2. A faire exécuter une peine privative de liberté ou une mesure de sûreté prononcée à titre définitif par le tribunal de l'un des Etats contractants.

2) La surveillance ou l'exécution dans un Etat contractant n'est effectuée que si la personne condamnée est un ressortissant de cet Etat et y a son domicile ou sa résidence.

Article 2

DÉCISIONS JUDICIAIRES DONNANT LIEU À UNE SURVEILLANCE
OU UNE EXÉCUTION

La surveillance ou l'exécution n'est effectuée que si l'infraction qui a motivé la décision est passible d'une sanction pénale selon la législation des deux Etats contractants.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} janvier 1984, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vienne le 21 octobre 1983, conformément au paragraphe 1 de l'article 36.

Article 3

INFRACTIONS POLITIQUES

1) La surveillance ou l'exécution n'est pas effectuée si l'infraction qui a motivé la décision judiciaire est considérée par l'Etat requis comme une infraction à caractère politique.

2) Une infraction dans laquelle le caractère criminel de l'acte prévaut sur son caractère politique, compte tenu de toutes les circonstances du cas d'espèce, notamment la manière dont l'acte a été commis, le moyen que l'auteur a employé ou menacé d'employer, ou la gravité des conséquences survenues ou recherchées, n'est pas considérée comme une infraction à caractère politique.

Article 4

INFRACTIONS MILITAIRES

La surveillance ou l'exécution n'est pas effectuée si l'infraction qui a motivé la décision judiciaire est considérée par l'Etat requis comme consistant exclusivement en une violation des devoirs militaires.

Article 5

INFRACTIONS FISCALES

La surveillance ou l'exécution n'est pas effectuée si l'infraction qui a motivé la décision judiciaire est considérée par l'Etat requis comme consistant exclusivement en une infraction à la réglementation fiscale, douanière, des changes ou des monopoles ou comme une infraction aux règlements concernant le contingentement des marchandises ou le commerce extérieur.

Article 6

PRESCRIPTION

La surveillance ou l'exécution n'est pas effectuée si l'exécution de la peine ou de la mesure de sûreté est prescrite selon la législation de l'un des deux Etats contractants.

Article 7

TRIBUNAUX D'EXCEPTION

La surveillance ou l'exécution n'est pas effectuée si la décision a été rendue par un tribunal d'exception.

Article 8

JUGEMENTS PAR DÉFAUT

La surveillance ou l'exécution n'est pas effectuée si la décision a été rendue en l'absence de la personne condamnée.

Article 9

RÈGLE NON BIS IN IDEM

1) La surveillance ou l'exécution n'est pas effectuée si la personne condamnée l'a déjà été de façon définitive dans l'Etat requis pour la même infraction ou y a été acquittée pour une autre raison que le défaut de juridiction.

2) La condamnation prononcée dans un Etat tiers ne s'oppose à la surveillance ou à l'exécution que si la peine qui y a été prononcée contre la personne condamnée a été entièrement purgée ou a été remise entièrement ou pour la portion non encore purgée.

3) Si, dans l'Etat contractant qui doit prendre en charge la surveillance ou l'exécution, la personne condamnée fait l'objet de poursuites pour l'infraction qui motive la demande et si la surveillance ou l'exécution a été prise en charge, cet Etat suspend provisoirement les poursuites. Il acquiert de nouveau le droit de poursuivre si la personne condamnée se soustrait à la surveillance ou à l'exécution. L'Etat qui a pris en charge la surveillance ou l'exécution met définitivement fin aux poursuites si la peine ou la mesure de sûreté a été définitivement exécutée ou remise.

Article 10

ORDRE PUBLIC

La surveillance ou l'exécution n'est pas effectuée lorsque l'exécution de la demande compromettrait la sécurité de l'Etat requis ou serait contraire à ses principes en matière d'ordre public.

TITRE II

SURVEILLANCE

Article 11

PRINCIPES DE LA SURVEILLANCE

Si une sanction pénale conditionnelle a été prononcée pour une infraction, avec une période de mise à l'épreuve, dans l'un des Etats contractants (Etat du jugement) contre une personne qui a son domicile ou sa résidence dans l'autre Etat contractant, chacun des Etats contractants peut obtenir sur demande que la surveillance soit effectuée dans l'Etat où la personne condamnée a sa résidence ou son domicile (Etat de la surveillance).

Article 12

MESURES DE SURVEILLANCE

1) La surveillance (alinéa 1) 1 de l'article premier consiste, d'une part, à prendre les mesures prévues par la législation de l'Etat de la surveillance qui ont pour objet l'amendement de la personne condamnée ou sa réinsertion dans la vie de la communauté et, d'autre part, à surveiller son comportement pour s'assurer que

le sursis conditionnel à l'exécution de la sanction pénale peut éventuellement être révoqué.

2) Pour ordonner les mesures nécessaires à la surveillance, on tiendra compte autant que possible des mesures ordonnées dans l'Etat du jugement.

3) Les mesures de surveillance ordonnées dans l'Etat de la surveillance ne peuvent en aucun cas être plus sévères dans la forme et la durée que les mesures ordonnées dans l'Etat du jugement.

4) L'Etat du jugement est seul compétent pour révoquer la sanction pénale conditionnelle.

5) La surveillance est exclusivement régie par la législation de l'Etat de la surveillance.

Article 13

ACCEPTATION DE LA SURVEILLANCE

1) Sur la base d'une demande, qui doit être accompagnée des documents visés à l'article 28, l'Etat requis informe l'Etat requérant de la mesure dans laquelle il a donné suite à la demande. Tout refus total ou partiel doit être motivé.

2) L'Etat de la surveillance informe l'Etat du jugement des conditions imposées à la personne condamnée et des mesures ordonnées auxquelles elle est soumise durant la période de mise à l'épreuve.

3) L'Etat de la surveillance informe dès que possible l'Etat du jugement de toutes les circonstances qui pourraient entraîner la révocation d'une sanction pénale conditionnelle; il l'informe de toute manière avant l'expiration de la période de mise à l'épreuve de toutes les circonstances qui ont à avoir avec la surveillance.

Article 14

COMMUNICATIONS

1) L'Etat du jugement informe sans délai l'Etat de la surveillance de toutes les circonstances qui pourraient avoir une incidence sur la surveillance. Il l'informe en particulier des mesures de grâce ou d'amnistie ou de la révocation de la sanction pénale conditionnelle.

2) Si l'Etat du jugement révoque la sanction pénale conditionnelle, il est libre de demander à l'Etat de la surveillance, au titre du présent Traité, l'exécution de la peine ou de la mesure de sûreté.

Article 15

EFFETS DE LA SURVEILLANCE

Si la surveillance a été prise en charge, de nouvelles mesures d'exécution ne peuvent être prises à titre provisoire dans l'Etat du jugement. Le droit de l'Etat du jugement à l'exécution disparaît définitivement lorsqu'aucune circonstance susceptible d'entraîner la révocation de la sanction pénale conditionnelle selon la législation de l'Etat du jugement n'est survenue durant la période mise à l'épreuve.

TITRE III

EXÉCUTION

Article 16

PRINCIPES DE L'EXÉCUTION

1) Si une personne qui a son domicile ou sa résidence dans l'un des Etats contractants a été condamnée à une peine privative de liberté dans l'autre Etat contractant (Etat du jugement) pour une infraction ou a fait l'objet d'une mesure de sûreté pour cette infraction, chacun des Etats contractants peut obtenir sur demande que l'exécution de la peine ou de la mesure de sûreté ait lieu dans l'Etat où la personne condamnée a sa résidence ou son domicile (Etat de l'exécution).

2) Aucune disposition du présent Traité n'exclut le droit de la personne condamnée, de son représentant légal, de son conjoint, d'un parent en ligne directe ou de ses frères et sœurs de demander le transfert de l'exécution.

Article 17

CONDITIONS REQUISES POUR L'EXÉCUTION

- 1) Sans préjudice des articles 2 à 10, l'exécution n'est pas effectuée lorsque :
 1. La personne condamnée n'y consent pas;
 2. La personne condamnée est détenue dans l'Etat du jugement et qu'au moment de la demande, la peine privative de liberté ou la mesure de sûreté à exécuter ne dépasse pas quatre mois.
- 2) L'exécution n'est pas transférée lorsque :
 1. La personne condamnée jouit de l'asile dans l'Etat du jugement;
 2. Le transfert de l'exécution serait contraire aux obligations qui incombent à l'Etat du jugement en vertu de conventions internationales.
- 3) Aux fins de l'appréciation des conditions visées à l'alinéa 2 du paragraphe 1, on cumule plusieurs peines privatives de liberté ou mesures de sûreté ou le restant à accomplir.
- 4) Si la personne condamnée n'est pas en mesure de donner un consentement valable pour l'exécution, il convient de demander le consentement du représentant légal (tuteur) conformément à la législation de l'Etat où réside la personne condamnée.

Article 18

TRANSFERT PAR UN ETAT DE SES PROPRES RESSORTISSANTS

Un Etat ne transfère pas ses propres ressortissants aux fins de l'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté.

Article 19

LIEN AVEC LA CONSTATATION DES FAITS

- 1) En cas d'exécution, l'Etat de l'exécution est lié à la constatation des faits qui a donné lieu à la décision.
- 2) L'Etat du jugement est seul compétent quant à la suite à donner à une demande de reprise des poursuites.
- 3) Si la décision judiciaire sur laquelle est fondée la demande d'exécution est ultérieurement annulée ou modifiée dans l'Etat du jugement, ce dernier en informe sans délai l'Etat de l'exécution.

Article 20

MESURES DE GRÂCE, AMNISTIE

Des mesures de grâce ou des amnisties peuvent être prononcées en faveur de la personne condamnée, aussi bien par l'Etat du jugement que par l'Etat de l'exécution. Si elles le sont par l'Etat du jugement, ce dernier en informe sans délai l'Etat de l'exécution.

Article 21

EXÉCUTION

L'exécution, y compris la libération conditionnelle, est régie exclusivement par la législation de l'Etat de l'exécution.

Article 22

ACCEPTATION DE L'EXÉCUTION

Sur la base d'une demande, qui doit être accompagnée des documents visés à l'article 28, l'Etat requis informe l'Etat requérant de la mesure dans laquelle il a donné suite à la demande. Tout refus total ou partiel doit être motivé.

Article 23

PROCÉDURE D'EXÉCUTION

- 1) Si l'exécution est prise en charge, les tribunaux de l'Etat de l'exécution fixent, compte tenu de la peine privative de liberté ou de la mesure de sûreté prononcée dans l'Etat du jugement, la peine privative de liberté ou la mesure de sûreté à exécuter selon leur législation.
- 2) Du fait de l'exécution dans l'autre Etat contractant, la personne condamnée ne peut en aucun cas être traitée de manière moins favorable qu'elle ne l'aurait été dans l'Etat du jugement.
- 3) La période passée en détention dans l'Etat du jugement est entièrement déduite de la peine à purger ou de la mesure de sûreté à exécuter dans l'Etat de l'exécution.

Article 24

PARTAGE DE LA PEINE

1) Si la condamnation porte sur plusieurs infractions mais que l'exécution ne peut être effectuée que pour la partie correspondant à certaines de ces infractions, l'Etat du jugement détermine la partie de la peine qui correspond à ces infractions. L'Etat de l'exécution a le droit d'imposer à l'Etat du jugement un délai approprié pour cette décision.

2) Si l'Etat du jugement ne prend pas de décision dans le délai imposé conformément au paragraphe 1, l'Etat de l'exécution prend une décision définitive en fonction de sa législation et de ses principes en matière de fixation des peines.

Article 25

EFFETS DE L'EXÉCUTION

1) Si l'exécution a été prise en charge, l'Etat du jugement ne peut poursuivre l'exécution. Si la personne condamnée est détenue dans l'Etat du jugement, la détention peut se prolonger jusqu'à ce qu'elle soit transférée dans l'Etat de l'exécution.

2) Le droit de l'Etat du jugement à l'exécution disparaît définitivement lorsque la personne condamnée a purgé entièrement la peine ou la mesure de sûreté dans l'Etat de l'exécution ou en a été définitivement dispensée.

3) Si la personne condamnée se soustrait à l'exécution dans l'Etat de l'exécution, l'Etat du jugement récupère son droit à l'exécution du reste de la peine. L'Etat de l'exécution informe sans délai l'Etat du jugement de ces circonstances.

Article 26

TRANSFERT

Si la personne condamnée se trouve dans l'Etat du jugement et qu'elle doit être transférée dans l'Etat de l'exécution aux fins de l'exécution déjà acceptée de la peine ou de la mesure de sûreté prononcée contre elle, les articles 28 à 30 du Traité d'extradition entre la République d'Autriche et la République fédérative socialiste de Yougoslavie¹ s'appliquent *mutatis mutandis* au transfert.

Article 27

RÈGLE DE LA SPÉCIALITÉ

1) Si une personne est transférée de l'Etat du jugement dans l'Etat de l'exécution aux fins d'une exécution à effectuer conformément au présent Traité, elle ne peut y être poursuivie, jugée ni soumise à une restriction quelconque de sa liberté ni livrée à un Etat tiers pour un fait antérieur à sa remise auquel ne se rapporte pas l'acceptation de l'exécution ou pour un autre motif antérieur à sa remise.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1893, n° I-32230.

2) La limite visée au paragraphe 1 ne s'applique pas :

1. Lorsque l'Etat qui transfère la personne aux fins de l'exécution consent aux poursuites, à l'extradition ou à l'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté prononcée par un tribunal;

2. Lorsque la personne transférée, ayant eu la possibilité et l'autorisation de quitter l'Etat de l'exécution, y est néanmoins demeurée plus de 45 jours après son élargissement définitif ou y est retournée de son plein gré après l'avoir quitté.

3) Les dispositions du Traité d'extradition entre la République d'Autriche et la République fédérative socialiste de Yougoslavie s'appliquent *mutatis mutandis* au consentement visé à l'alinéa 1 du paragraphe 2.

TITRE IV

DISPOSITIONS COMMUNES RELATIVES À LA PROCÉDURE

Article 28

DEMANDE ET DOCUMENTS

1) Les demandes visées par le présent Traité sont présentées sous forme écrite.

2) Si l'Etat du jugement présente une demande conformément au présent Traité, il doit y joindre les pièces suivantes :

1. Une expédition ou une copie certifiée conforme du jugement, confirmant son caractère définitif et, le cas échéant, exécutoire;

2. Une copie des dispositions légales appliquées;

3. Des indications aussi exactes que possible sur la personne qui doit être surveillée dans l'autre Etat contractant ou doit y purger la peine ou la mesure de sûreté prononcée contre elle, sa nationalité et son domicile ou son lieu de résidence;

4. Le cas échéant, une confirmation de la période de détention à déduire;

5. En cas d'exécution, un procès-verbal dressé avec la personne condamnée, exprimant le consentement à l'exécution;

6. Les autres documents qui peuvent avoir une importance pour la suite à donner à la demande.

3) Si l'Etat qui doit prendre en charge la surveillance ou faire exécuter la peine ou la mesure de sûreté prononcée dans l'Etat du jugement présente une demande conformément au présent Traité, il doit y joindre les pièces suivantes :

1. Une copie des dispositions légales applicables;

2. Des indications aussi exactes que possible sur la personne qui doit être surveillée ou doit purger la peine ou la mesure de sûreté, sa nationalité et son domicile ou son lieu de résidence;

3. Les autres documents qui peuvent avoir une importance pour la suite à donner à la demande;

4. Si la personne qui doit purger la peine ou la mesure de sûreté dans l'Etat de l'exécution s'y trouve déjà, un procès-verbal dressé avec elle, exprimant le consentement à l'exécution.

4) Dans le cas d'une demande visée au paragraphe 3, l'Etat du jugement remet en même temps que l'acceptation de la demande une expédition ou une copie certifiée conforme du jugement, confirmant son caractère définitif et, le cas échéant, exécutoire, une copie des dispositions légales appliquées et une confirmation des périodes passées en détention.

Article 29

COMPLÉMENT D'INFORMATIONS

Si l'Etat requis juge insuffisantes les informations ou les pièces justificatives qui lui ont été communiquées, il demande le complément nécessaire. Il peut fixer un délai approprié pour la réception de ce complément; ce délai peut être prolongé sur demande pour des motifs valables. Faute de complément, l'Etat requis statue sur la demande d'extradition en se fondant sur les informations et pièces justificatives en sa possession.

Article 30

PROCÉDURE

1) Les échanges de correspondance découlant du présent Traité se font entre le Ministère fédéral de la justice de la République d'Autriche et le Secrétariat à la justice de la République socialiste ou de la Province autonome socialiste de la République fédérative socialiste de Yougoslavie. Cela n'exclut pas le recours à la voie diplomatique.

2) En cas d'urgence, les demandes et les communications découlant du présent Traité peuvent être transmises par l'intermédiaire de l'Organisation internationale de la police criminelle (INTERPOL).

Article 31

LANGUE, LÉGALISATION

Les demandes présentées au titre du présent Traité et les pièces qui doivent y être jointes sont rédigées dans la langue de l'Etat requérant. Elles n'ont pas à être légalisées. Elles ne sont pas accompagnées de traductions.

Article 32

DÉPENSES

Les dépenses entraînées par l'application du présent Traité ne sont pas remboursées. Toutefois, l'Etat qui demande le transfert d'une personne par avion prend en charge les dépenses entraînées par ce transfert.

Article 33

DÉFINITIONS

1) Aux fins du présent Traité, l'expression « langue de l'Etat requérant » désigne :

1. Pour le territoire de la République d'Autriche, la langue allemande;

2. Pour l'ensemble du territoire de la République fédérative socialiste de Yougoslavie, la langue serbo-croate, la langue écrite croate, la langue slovène et la langue macédonienne.

2) Aux fins du présent Traité, l'expression « mesure de sûreté » désigne :

1. En République d'Autriche, toute mesure privative de liberté ordonnée par un tribunal pénal en sus ou à la place d'une peine;

2. En République fédérative socialiste de Yougoslavie, les mesures de sûreté et les mesures éducatives prévues dans le droit pénal de la République fédérative socialiste de Yougoslavie et liées à une privation de liberté, qui sont prononcées par des tribunaux pénaux.

3) Si la durée des mesures de sûreté est indéterminée, la date retenue pour déterminer si elle sera d'au moins quatre mois (alinéa 2 du paragraphe 1 de l'article 17) est celle à laquelle cette mesure doit être levée au plus tard selon la législation de l'Etat du jugement.

4) Aux fins du présent Traité, l'expression « sanction pénale conditionnelle » désigne :

1. En République d'Autriche, la clémence conditionnelle, la clémence conditionnelle appliquée aux mesures de sûreté, la libération conditionnelle relative à une peine privative de liberté ou à une mesure de sûreté (sections 43 et 45 à 47 du Code pénal autrichien) et la condamnation avec sursis (section 13 de la Loi de 1961 sur les tribunaux pour enfants);

2. En République fédérative socialiste de Yougoslavie, la condamnation avec sursis, la condamnation avec sursis assortie d'une liberté surveillée et la libération conditionnelle.

TITRE V

DISPOSITIONS FINALES

Article 34

Le présent Traité est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Vienne.

Article 35

Le présent Traité s'applique aussi aux décisions judiciaires rendues avant son entrée en vigueur.

Article 36

1) Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant l'échange des instruments de ratification.

2) Le présent Traité est conclu pour une durée indéterminée. Chacun des Etats contractants peut le dénoncer par écrit et par la voie diplomatique en respectant un préavis de six mois.

FAIT à Belgrade le 1^{er} février 1982 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et serbo-croate, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

BRODA

Pour la République
fédérative socialiste de Yougoslavie :

BANOVIĆ
